



BürgerInnenbrief

20. Mai 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

CDU mimt emotionale Nähe +++ Wahn & Wirklichkeit +++ Bezirksportraits: Altona +++ Ledigenheim Rehoffstraße

Am 25. Mai ist Wahl – und viele gehen wählen!?



Statt Blumen: Tipp für den 25. Mai

Nicht nur das Ergebnis der Europa- und Bezirkswahlen am 25. Mai 2014 ist interessant, sondern auch die Frage, wie viele Wahlberechtigte wählen gehen. Die Zusammenlegung von zwei Wahlen mit eher schlechter Wahlbeteiligung wird nicht gerade eine überschäumende Begeisterung erzeugen.

»Europa« bzw. die Europäische Union ist weit weg, jedenfalls fühlt es sich oft so an. Gerne amüsieren wir uns über die EU-Bürokratie im Allgemeinen und den Krümmungsgrad von Gurken im Besonderen. Doch ein Großteil der Entscheidungen, die in Brüssel oder Straßburg gefällt werden, wirkt sich unmittelbar auf unser Leben aus. Dass die von Angela Merkel so genannte »marktkonforme Demokratie« das EU-Parlament häufig umgeht und die EU-RegierungschefInnen, gestützt auf die und abhängig von den Wirtschaftsmächtigen, ihre neoliberale Politik durchboxen, sollte uns eher dazu be-

wegen, mehr Demokratie einzufordern als den Wahlen fernzubleiben. Damit überhaupt das Treiben in der EU deutlich wird, braucht es kritische, linke Stimmen. Von den bürgerlichen Parteien ist jedenfalls kein Widerspruch zu erwarten, wenn z.B. für ganz Europa sechs Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt werden – während die Banken, die zur Krise in Europa aktiv beigetragen haben, mit 5.100 (fünftausendeinhundert) Milliarden Euro gerettet werden. Sind die Banken 850mal so viel wert wie die Jugendlichen?

Und wenn wieder ein Flüchtlingsschiff im Mittelmeer untergeht, ist die Betroffenheit der Bürgerlichen vor den Kameronas groß, doch die Mauern um Europa werden nicht eingerissen und das Asylrecht wird nicht erweitert. Eine starke LINKE im EU-Parlament heißt zwar noch lange nicht, dass ein

gerechtes, demokratisches Europa mal eben so zu erreichen ist. Doch sicher ist, dass ohne eine starke LINKE die Abschottung Europas, der Neoliberalismus und der Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wachsen werden. Der Kapitalismus muss überwunden werden, im Parlament und auf anderen Ebenen und Wegen werden wir unsere Kritik und Alternativen zu vertreten haben.

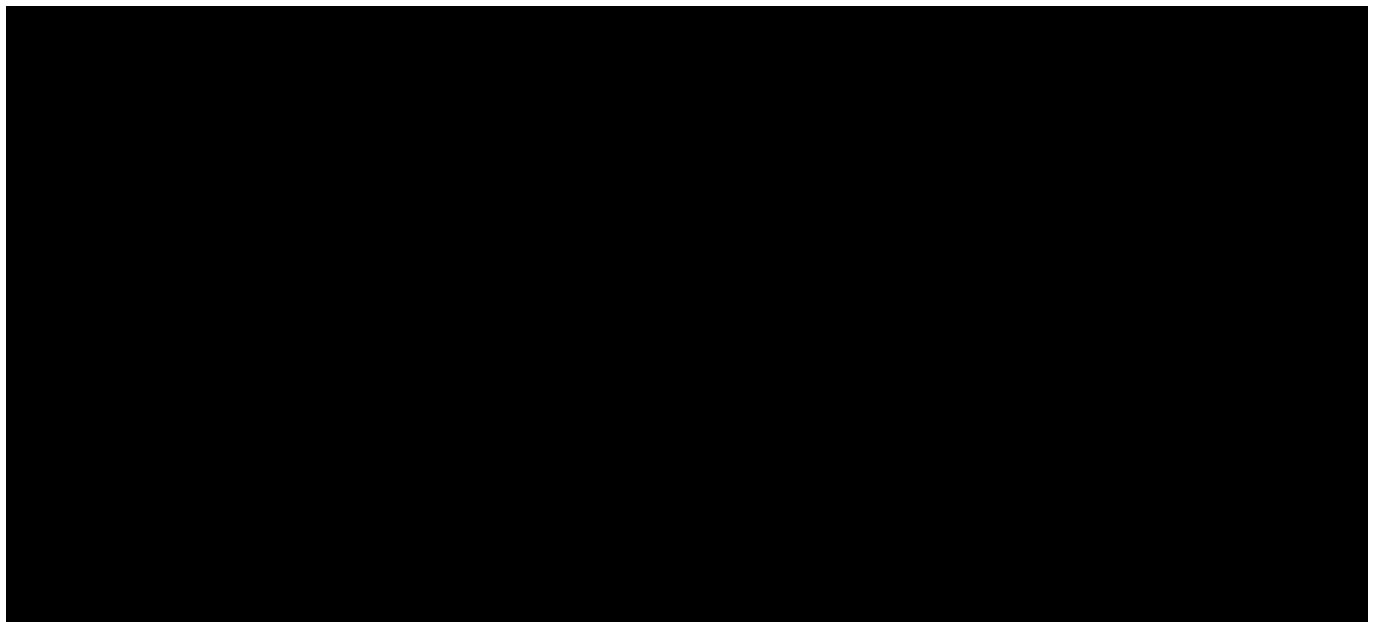
Nicht nur das Europaparlament braucht mehr Rechte, auch die Bezirksversammlungen sollten endlich mehr als nur formale Verwaltungsausschüsse werden. Die sieben Hamburger Bezirke, die mit ihren 120.000 bis 400.000 EinwohnerInnen locker mit anderen Großstädten mithalten können, haben keine eigenen Parlamente. Dabei ist die Bezirksebene viel dichter an den Menschen und den Problemen dran als Bürgerschaft, Bundestag oder gar Europaparlament.

In allen sieben Bezirken haben sich die LINKEN aktiv in die Bezirkspolitik und die Bezirksversammlungen eingebracht. In den vorangegangenen Ausgaben des BürgerInnenbriefs ha-

ben die bezirklichen Linksfraktionen ihre Bezirke vorgestellt, über Altona wird in dieser Ausgabe berichtet. Und egal, ob es das Aufdecken der Geldverschwendung in Wandsbek wegen der Privatisierung des Bezirksamtsgebäudes, in Mitte der Einsatz gegen Gefahren- und Schicki-Micki-Gebiete, in Nord der Kampf gegen die Vernichtung günstigen Wohnraums, in Eimsbüttel die Flüchtlingsunterbringung, in Bergedorf der Widerstand gegen die Kürzungspolitik des Senats, in Harburg das Eintreten gegen den Faschismus, in Altona die Stärkung des BürgerInnenwillens durch verbindliche Volksentscheide ist - an all diesen und noch viel mehr Stellen haben die LINKEN den Finger in die Wunde gelegt. Und überall haben sie den Schulterschluss mit Initiativen vor Ort gesucht, ohne sie zu vereinnahmen und ohne unkritisch zu sein. Nutzen wir die Parlamente und das Noch-Nicht-Parlament Bezirksversammlung, damit die außerparlamentarischen Bewegungen ihr Standbein auf diesen Ebenen erhalten. Gerade auch dafür sind linke Kräfte in den Parlamenten wichtig!

CDU mimt emotionale Nähe

Von Joachim Bischoff



Wenige Tage vor der Europawahl zeichnet sich in Hamburg ein Trend für die SPD ab. Laut einer repräsentativen Umfrage wollen 32% die SPD wählen, 27% die CDU, 14% die GRÜNEN und 10% DIE LINKE.

Diese Blitzaufnahme der politischen Stimmung in Hamburg ist aufschlussreich: Bestätigt wird damit ein deutlicher Verlust bei der Zustimmung zur Politik der SPD. Die CDU würde gerne das politische Kräfteverhältnis bei der anstehenden Bezirks- und Europawahl verschieben, um für die Neuwahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft eine günstigere Ausgangsposition zu haben. Offenkundig ist aber das Angebot der CDU nicht so überzeugend, dass ein Regierungswechsel in Hamburg vorstellbar wäre. Dabei hat sich diese Partei

durchaus Gedanken gemacht, um die SPD in der Popularität abzuhängen. Um die Vormachtstellung der SPD in den Hamburger Bezirken bei den Bezirksversammlungswahlen am 25. Mai zu brechen, setzt die Union auf Emotionalität. Sie will den WählerInnen ihr »Herz für Hamburg« zeigen. Die größte Oppositionspartei zieht mit diesem Slogan und mit drei zentralen Themen in die Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 25. Mai: gegen die ihrer Ansicht nach chaotische Verkehrspolitik der allein regierenden SPD, für mehr Sauberkeit und Sicherheit und die Wiedereinführung des Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) sowie für mehr Bürgerbeteiligung durch bessere und frühzeitige Information vor Ort. Was also zeigt das christdemokratische Herz für Hamburg: Vorrang für den Au-

toverkehr, mehr Sicherheit und Sauberkeit sowie Bürgerbeteiligung.

Die Union will also die Vormachtstellung der SPD in den Bezirken brechen. »Wir wollen einen Gegenpol zur zentralistischen SPD im Rathaus schaffen«, sagte CDU-Parteichef Marcus Weinberg, ohne sich auf Bündnisse mit den Grünen festzulegen. Bürgermeister Olaf Scholz und seine ParteifreundInnen hätten dafür gesorgt, dass inzwischen alle sieben Bezirksamtsleiter ein SPD-Parteibuch haben. CDU-Fraktionschef Dietrich Wersich sprach in diesem Zusammenhang von der »Arroganz der Macht«, die bei den SozialdemokratInnen wieder zu beobachten sei. »Wir wollen andere Mehrheiten in den Bezirksversammlungen hinbekommen«. »Ich bin sehr verärgert über die SPD«, klagt wiederum Weinberg. »Erst lässt die Partei die kommunale Ebene drei Jahre lang ausbluten, kurz vor der Wahl entdeckt sie jetzt ihre Liebe für die Bezirke.« Weinberg äußerte zudem sein Entsetzen über die SozialdemokratInnen in den Bezirken, die die Scholz-Politik auch dann widerspruchslos hinnähmen, wenn sie anderer Meinung seien.

Schauen wir uns als Beispiel das Wahlprogramm der ChristdemokratInnen für den Bezirk Hamburg-Mitte an. Auch hier geht es vor allem um Sicherheit und Sauberkeit. Angestrebt wird die Wiedereinführung des BOD als ein wirksames lokales Instrument zur Schaffung von Vertrauen und Sicherheit, die Erhöhung der Polizeipräsenz in den Stadtteilen, um Kriminalität, vor allem Einbruchsdelikten vorzubeugen, die bessere Beleuchtung öffentlicher Flächen zur Verstärkung der Sicherheit, die Erhöhung der Sauberkeit auf öffentlichen Arealen und in Grünanlagen sowie Reinigungskonzepte für die zahlreichen Großveranstaltungen.

Doch worum geht es in Hamburg-Mitte wirklich? Schließlich zählen hier gleich mehrere Stadtteile (insbesondere Horn, Billstedt und Wilhelmsburg) zu den benachteiligten Quartieren. Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Jobs mit niedrigem Einkommen sowie die Verfestigung von Armutsstrukturen drückt sich gerade in Hamburg in einer sozial-räumlichen Verteilung aus. Armut und Reichtum verteilen sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet, sondern finden sich mehr oder weniger konzentriert in Quartieren oder städtischen Regionen, die immer stärker gegeneinander abgeschottet sind. »Wir erleben eine räumliche Bevölkerungsverteilung, die unterschiedliche soziale Gruppen freiwillig oder gezwungenermaßen, je nach ihren Mitteln und Möglichkeiten, zusammenbringen. Diese Neuordnung des Raums nach dem Prinzip des »Unter-sich-Bleibens« führt auch zu einer Umgestaltung der von ihnen zu bewältigenden Probleme, nicht nur auf dem Wohnungssektor, sondern auch beim Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Sozialleistungen, sie bestimmt ihre Fähigkeit, in mehr oder weniger gesicherten Verhältnissen zu leben, ihre beruflichen Chancen oder die Qualität der Schulbildung und die Zukunft der Kinder und so weiter.« (Robert Castel, Die Krise der Arbeit, Hamburg 2011.)

In Hamburg-Mitte ist dieses »Unter-sich-bleiben« sehr ausgeprägt. Und wie stößt man in einem solchen Quartier die Sozialdemokratie mit ihrer Arroganz der Macht vom politischen



Neue Bescheidenheit: CDU-Plakat und -Flyer in Hamburg-Mitte

Sockel? Indem man deutlich Emotionalität und Zusammengehörigkeit mimt. Daher hat die CDU-Mitte ihrem aggressiven Wahlkampf ein Motto mitgegeben, bei dem die Unterprivilegierten mit einem Fotowettbewerb ihre emotionale Nähe zur bürgerlichen Partei demonstrieren können. »Platz ist in der kleinsten Hütte« – so der Titel der Kampagne des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Gunter Böttcher, ein wirklich passender politischer Slogan für ein benachteiligtes Quartier.

Die Sozialdemokratie wiederum steht zu ihrer Arroganz der Macht und hat viel Wahlkampfgeld – 200.000 Euro – mobilisiert, um die emotionale Attacke der CDU abzuwehren. Dirk Kienscherf, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD, betont: »Wir bleiben mit großem Abstand stärkste Kraft und werden weiter hart daran arbeiten, Hamburg voranzubringen. Dass dies der ehemaligen Regierungspartei CDU und Herrn Wersich kaum einer zutraut, belegt auch diese Umfrage erneut. Unser Ziel für die nächste Bürgerschaftswahl bleibt 40 plus x.«

Die SPD ist sicher, dass sie in Hamburg zum einen ihr Bundestagergebnis bestätigt, wenn auch mit deutlichen Verlusten an politischer Sympathie. In der Tat profitiert die CDU vom vermutlichen Stimmenrückgang für die SPD nicht und wird also irgendwo in der Spanne zwischen 27 und 23% hängen bleiben. GRÜNE und LINKE werden sich über leichte Zugewinne freuen können. »Mit einem solchen Wahlergebnis könnten wir gut leben« – triumphiert die SPD.

Auch das parallel zu den Bezirkswahlen ermittelte Stimmresultat für das Europaparlament wird dieses Kräfteverhältnis widerspiegeln. Allerdings ist hier die Wahlbeteiligung ein wichtiger Indikator. Sind die Wahlbeteiligungen bei Landtags- und Bundestagswahlen bereits rückläufig, so waren sie bei den letzten EU-Wahlen 2009 in Deutschland mit 43% sogar auf einen neuen Tiefstand gerutscht. Die geringe Wahlbeteiligung wird uns vermutlich einen weiteren politischen Faktor bringen, der bei den Bezirkswahlen wohl keine Rolle spielen wird: Der Rechtspopulismus betritt auch in Hamburg die Bühne. Laut Umfrage bekommt die AfD sechs Prozent.

Schon ein oberflächlicher Blick auf die Bezirke belegt, dass die Wahlbeteiligung im Stadtgebiet ganz unterschiedlich ausgeprägt ist. Gingen zuletzt etwa im Bezirk Eimsbüttel 75,4% der wahlberechtigten BürgerInnen zur Urne, waren es im Bezirk Mitte nur 61,4%. Und betrachtet man die jeweilige bezirkliche Ebene genauer, gibt es auch hier eine enorme Schwankungsbreite. So lag die Wahlbeteiligung im Bezirk Mitte im neuen Stadtteil Hafencity bei 83,8%, in Billbrook dagegen bei nur 43,2%. Ähnliche Spannungsbreiten lassen sich auch in den anderen Bezirken nachweisen. Entscheidender Faktor für diese unterschiedliche Beteiligung an der politischen Willensbildung ist vor allem die weit auseinandergehende soziale Schere in den Stadtteilen und Bezirken. Wer ein gutes Einkommen und oder Vermögen hat, geht zumeist zur Wahl, während diejenigen, die eine prekäre Arbeit mit geringem Einkommen haben oder auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen sind, sich so wenig von der Wahl versprechen, dass sie auf die Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte verzichten. In den Altonaer Stadtteilen Nienstedten und Blankenese z.B., wo Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigem von deutlich über 100.000 Euro erzielt werden und kaum Menschen leben, die auf Sozialleistungen angewiesen sind (Quote: 1,2%), liegt die Wahlbeteiligung bei 86 bis 87%. Dagegen gehen im Mitte-Stadtteil Billstedt, wo das Durchschnittseinkommen nur 22.000 Euro beträgt und 27,1% der BürgerInnen auf Sozialleistungen angewiesen sind, lediglich 55,7% der Wahlberechtigten zur Wahl.

Dass die CDU in »statushohen Stadtteilen« überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt, ist wenig überraschend, steht sie doch mit ihrer Politik und Programmatik für die Verteidigung bestehender Einkommens- und Vermögenspositionen. Erwartbar ist auch, dass die Sozialdemokratie in Stadtteilen »mit geringem sozialem Status« deutlich besser abschneidet als in sozialstrukturell privilegierten Gegenden. Hinter diesem (relativ) hohen Wählerzuspruch in den Stadtteilen mit vielen sozialen Problemlagen steht sicherlich die Hoffnung, dass die Sozialdemokratie ihr Versprechen auf Eindämmung der sozialen Spaltung auch einlöst, was allerdings im Rahmen einer großen Koalition, aber auch bei Fortsetzung ihrer bisherigen Politik auf Landesebene fraglich ist. Für viele frühere SPD-WählerInnen hat sie gerade deswegen bis heute ein großes Glaubwürdigkeitsproblem.

Wenig überraschend ist schließlich auch, dass DIE LINKE in »statusniedrigen Wohngebieten« vergleichsweise viel und in statushohen Lagen nur relativ wenig Zustimmung findet.

www.hier-und-in-europa.de

25.
Mai 2014

**Meckern
ist gut. Wählen
ist besser!**

DIE LINKE.

Letzte Erinnerung: Türhänger im Wahlkampf

»So liegt beispielsweise ihr Stimmenanteil in Wohnvierteln mit überdurchschnittlich vielen »Hartz IV«-LeistungsbezieherInnen bei 13,7%, gegenüber nur 5,1% in Gebieten mit geringer Hilfequote.« Zu denken geben muss der LINKEN allerdings, dass ihr Stimmenrückgang auch darauf zurückzuführen ist, dass sie »in statusniedrigen Gegenden an Zustimmung verloren (hat). In Stadtteilen mit hohem Anteil von »Hartz IV«-EmpfängerInnen betrug der Rückgang 4,0 Prozentpunkte.« (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bundestagswahl in Hamburg. Vorläufige Ergebnisse, <http://www.wahlrecht.de/doku/doku/20130923.pdf>, S. 12)

Schließlich zeigen die Wahlergebnisse, dass die AfD, wie andere rechtspopulistische Parteien, vor dem Hintergrund weiterer sozialer Polarisierung und wachsender Enttäuschung über das politische System als Sammlungsbewegung unterschiedlicher sozialer Interessen durchaus Entwicklungspotenzial hat. Schlussfolgerung: Wird weiterhin zu wenig gegen die ökonomisch-sozialen Zersetzungsprozesse (Prekariisierung der Lohnarbeit, wachsende Armut) auf Landes- wie Bundesebene getan, wird die Diskreditierung des politischen Systems weiter voranschreiten. Auch auf der Ebene der Hamburger Landespolitik sind hier keine Ansätze erkennbar, da die Sozialdemokratie das Thema der sozialen Spaltung für zweitrangig erklärt. Die Quittung für diese Ignoranz wird bei den Bezirks- und Europawahlen ausgestellt werden.

Auf den Punkt gebracht: Wahn & Wirklichkeit

Schulz-Europa-Plan

Demokratie und Frieden stärken

Wirtschaft voranbringen

Banken regulieren,
Steuerbetrug bekämpfen

Neue Jobs schaffen,
soziale Standards sichern

Digitale Bürgerrechte sichern

Gabriels GroKo-Politik:

**Nein zu Volksentscheiden,
Ja zu Rüstungsexporten**

Ja zur Troika-Kürzungspolitik

Ja zur strafbefreienden Selbstanzeige

Ja zum Freihandelsabkommen TTIP

**Nein zu No-Spy-Abkommen und
Snowden-Befragung im Bundestag**

Der Plan von Martin Schulz und was die SPD tatsächlich tut

Die SPD spielt im Europawahlkampf mit verteilten Rollen: Der Spitzenkandidat verspricht das eine, real macht seine Partei aber etwas anderes.

Martin Schulz will die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Zentrum seiner Arbeit stellen: Etwa durch mehr Investitionen und spezielle Programme für junge Menschen. Dagegen werden von der SPD in der Großen Koalition die Mittel für die Programme zur Beschäftigungsförderung gekürzt. Gabriel und Steinmeier setzen sich für die Kürzungspolitik der Troika ein. Die hat die Wirtschaft in verschiedenen Ländern praktisch abgewickelt und die Arbeitslosigkeit um 70 Prozent ansteigen lassen. Die Forderungen von Schulz gehen nicht über das bereits beschlossene, aber noch nicht umgesetzte Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa von sechs Milliarden für die gesamte EU (Haushalt bis 2020) hinaus.

Martin Schulz will »Demokratie und Frieden stärken«. Er verspricht wirkungsvolle Europäische Bürgerinitiativen. Auf Bundesebene ist die SPD gegen direkte Demokratie. Die Große Koalition blockiert bundesweite Volksentscheide und damit auch die Möglichkeit, hierzulande über die Europapolitik mitzuzentscheiden. Auch mit der Regierungsbeteiligung der SPD werden weiterhin Waffen in die ganze Welt geliefert. Zuletzt stiegen die Rüstungsexporte in so genannte Drittstaaten, darunter viele Entwicklungsländer, um 62 Prozent.

Martin Schulz lehnt für das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA das geplante Sonderklagerecht für Unternehmen vor geheimen Gerichten ab. Die SPD hat jedoch bislang keinerlei Schritte für mehr Transparenz unternommen. Im April verpasste sie die Gelegenheit, im EU-Parlament gegen das Unternehmenssonderklagerecht zu stimmen und damit TTIP zu blockieren.

Martin Schulz verspricht, dass Europa zur »treibenden Kraft für eine neue Ordnung der Finanzmärkte« wird. Steuerbetrug soll bekämpft werden. Die SPD in der Großen Koalition will jedoch an der strafbefreienden Selbstanzeige festhalten. Die Abgeltungssteuer – die 25-Prozent-Flatrate auf Kapitalerträge – soll erhalten bleiben. Vermögende werden so begünstigt. Eine wirkliche Bankenregulierung, die den Namen verdient, wird in der Großen Koalition erst gar nicht angestrebt.

Martin Schulz verspricht beim Datenschutz: »Daten gehören den Menschen, sie haben ein Recht auf Datensouveränität... Ich will eine Europäische Digitale Grundrechtecharta«. Die Gabriel-SPD findet jedoch die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich gut. Mit der anlasslosen Überwachung der Bevölkerung hat sie kein Problem. Auf das nach der NSA-Affäre versprochene No-Spy-Abkommen mit den USA verzichtet die SPD. Edward Snowden soll nicht vor dem Deutschen Bundestag befragt werden.

Quelle: <http://www.die-linke.de/wahlen/europawahlen-2014/positionen/auf-den-punkt-gebracht>

Die SPD gibt sich gerne den Anschein einer an sozialen Grundsätzen orientierten Partei. Doch wer den Reichen in diesem Land nichts nimmt, wird den nicht so Betuchten, allemal den Armen, kaum etwas geben können. Rufen wir uns eine Rede des heutigen Außenministers und damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier vom 19. November 2013 vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Erinnerung. Dort führte er mit Blick auf die »Leistungen« unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder u.a. aus: »Sie haben ja sogar auf Steuersenkungen gewartet. Deshalb sage ich jetzt ohne Larmoyanz, und die Entscheidungen liegen ja zehn Jahre hinter uns, wenn Sie sich in gerechter

Weise zurückerinnern, dann hat es aber die entscheidenden Steuersenkungen und zwar in einem Volumen von mehr als 60 Milliarden Euro unter einer sozialdemokratischen Regierung gegeben: Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes, mit der Senkung des Eingangsteuersatzes, mit der Senkung der Unternehmenssteuern ...« Wenn das keine sozialdemokratischen Wahlargumente sind! Steinmeiers Rede ist dokumentiert auf: www.nachdenkseiten.de/?p=19482.

Wie die Wahlaussagen des SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz sich mit der SPD-Politik in der Großen Koalition vertragen – oder eben gerade nicht –, das bringt obiges Argumentationsmaterial aus der Reihe »auf den Punkt« eben auf diesen.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Hamburg im Ausverkauf, so lautet die Überschrift der wohl größten Initiativenzeitung, die in Hamburg seit langem erschienen ist. Die erste Nummer von **Nordnetz**.

Das Netzwerk von Bürgerinitiativen im Hamburger

Norden ist Mitte Mai herausgekommen und bietet auf vier DIN A 3-Seiten einem guten Dutzend Initiativen im Bezirk Nord die Möglichkeit, sich vorzustellen und mit der Politik des SPD-Senats abzurechnen. Der Artikel »Parteien im Test« bescheinigt: »Die LINKE kassierte für ihr Engagement von den Initiativen meist ein »Sehr gut.« Vielleicht ist es im Bezirk Nord noch möglich, eine der gedruckten Zeitungen zu erwischen, ansonsten sei verwiesen auf: <http://nordnetz-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/05/NordnetzZeitungAusgabe1.pdf>.



Lesenswert ist die Studie **Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten**. Die »bundesweite Analyse am Beispiel der 100 einwohnerstärksten Städte« ist 2013 im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung entstanden. Hier findet sich auf S. 21 u.a. diese interessante Aussage: »Im Durchschnitt sind in den 100 Städten rund 35% aller familieneigneten Wohnungsangebote (Eigenheime, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen) mit einem lokal durchschnittlichen Familieneinkommen finanzierbar. Die Werte streuen dabei stark zwischen 6% in Jena und 65% in Zwickau. Im Norden fällt Hamburg mit einem sehr geringen Anteil an allen Wohnangeboten (11%) für Familien mit einem im städtischen Kontext durchschnittlichen Einkommen auf.« Herunterzuladen ist die 76seitige Studie unter www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbc/SID-7C78829B-04680D3A/bst/xcms_bst_dms_39561_39562_2.pdf.

Und wo wir gerade bei wichtigen Materialien sind: Der Schwerpunkt der neuen Nummer der Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« (**Aus Politik und Zeitgeschichte**) dreht sich auf über 60 Seiten um das **Wohnen**. Die Aufsätze u.a. zur Wohnsituation in Deutschland, zur Wohnungspolitik und -losigkeit, zum »Zusammenleben in integrierten Nachbarschaften«, zu Megastädten und nicht zuletzt zur »Wiederkehr der Wohnungsfrage« von Andrej Holm vermitteln einen qualifizierten Überblick über die in der Wissenschaft gegenwärtig geführten Diskurse. Bestell- oder herunterladbar unter: www.bpb.de/apuz/183437/wohnen.

Bereits am 13. Februar fand die von der Diakonie und verschiedenen Hamburger Einrichtungen organisierte **5. Konferenz zur sozialen Spaltung** statt. Das Motto lautete **Wasser, Strom, Bildung... Zur Bedeutung öffentlicher Güter für eine soziale Stadt**. Die Unterlagen zur Konferenz (Thesenpapier, Referate usw.) sind jetzt zu einem 57-seitigen Reader zusammen- und im Netz eingestellt worden: <http://www.hamburg-stadtfueralle.de/wp-content/uploads/Tagung13022014ReaderWeb.pdf>.



Vom beeindruckenden **Auftritt des 86-jährigen Zeitzeugen Victor Grossman** auf dem »Klotzfest« am Dammtor am 10. Mai – Grossman ist aus Protest gegen US-Kriegseinsätze vor vielen Jahrzehnten aus der US-Army desertiert und in die DDR gegangen – gibt es einen Mitschnitt unter <http://youtu.be/1iKoMg2PsSA>.

Erfreulich buntes Leben rückt ins Gewerkschaftshaus ein, seitdem an der Ecke zur Repsoldstraße der »Klub« (Besenbinderhof 62) neu eröffnet worden ist. Am **Donnerstag, den 22. Mai**, trifft sich hier um 19.00 Uhr der **Freudenchor**. Unter Leitung von Kristina Bischoff (Duo Dekolleté + NDR 2) und des Keyboarders Thomas Jobmann können sich alle eingeladen fühlen, die schöne, leise, schrille, laute, mutige ... Lieder singen wollen. Eintritt 5 Euro.

Wer es gerne ein bisschen anders hätte, kann sich am **Massenkaraoke** am **Freitag, den 23. Mai**, um 20.00 Uhr vor dem zeitweilig besetzten »Refugees Welcome Center« (Laeiszstraße/Karo 1/4) einfinden. Da geht's ab.

Zugezogene empfängt die Verbraucherzentrale neuerdings durch ein besonderes Angebot: **Geführte Gratis-Fahrradtouren für Neu-HamburgerInnen**. Die nächste geht am **Samstag, den 24. Mai**, quer durch

Wilhelmsburg. Die dreistündige Exkursion unter Leitung von Astrid Christen (Initiative Fahrradstadt Wilhelmsburg) und Nathalie Rauba (Beraterin für Neu-HamburgerInnen) startet um 14.30 Uhr bei der Fußgängerbrücke der S-Bahn-Station Wilhelmsburg. Anmeldung nötig unter www.vzhh.de oder unter Tel. 24 832-108. Diese Gratis-Tour ist Teil des Programms »Neustart fürs Klima«, mehr dazu unter www.neustart-klima.de/hamburg.

Um **Perspektiven der Stadtentwicklung**, nach eigenen Angaben um **die grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser**, geht es auf einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) am **Donnerstag, den 28. Mai**. Im Rahmen ihrer 6. Stadtwerkstatt-Diskussion will die BSU die Entwicklungen bis zum Jahre 2030 abstecken. Als TeilnehmerInnen sind geladen Bürgermeister Olaf Scholz, Prof. Elke Pahl-Weber (TU Berlin), Matthias Iken (Hamburger Abendblatt), Michael Westhagemann (Industrieverband Hamburg e.V.) und Marco Lohmann (Baugenossenschaft Bergedorf-Bille). Die Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr im Audimax der Bucerius Law School (Jungiusstraße 6). Mehr dazu unter www.hamburg.de/stadtwerkstatt.

Vom 29. Mai bis zum 1. Juni findet in Leipzig der diesjährige, mittlerweile **36. BUKO-Kongress** mit den Schwerpunkten Migration, Rassismus und Recht auf Stadt/Urban Struggles statt. BUKO steht für Bundeskoordination Internationalismus, einen der größten kapitalismuskritischen Zusammenkünfte in Deutschland. Mehr dazu unter www.buko.info/buko-kongresse/buko-36.



Am **Sonntag, den 1. Juni**, gibt es die Gelegenheit, die Sportschuhe anzuziehen, am **3. Lauf gegen rechts** teilzunehmen und **Flagge zu zeigen gegen Faschismus und Fremdenhass**. Start ist um 10.00 Uhr auf der Grillwiese am Schwanenwik an der Außenalster, die Anmeldung erfolgt über www.fcstpauli-marathon.de/start/?page_id=713.

Sein abschließendes **Innenstadt Konzept Hamburg 2014** präsentiert der Senat am **Dienstag, den 3. Juni**, um 10.00 Uhr im HafenCity-InfoCenter im Kesselhaus (Am Sandtorkai 30). Der erste Entwurf dieses Konzepts, in dem eine Wiederbelebung und neuer Wohnungsbau in der City vorgesehen ist, stammt bereits aus dem Jahre 2010.

Jetzt geht es also mit einer Begrüßung durch Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau und der Präsentation durch den Oberbaudirektor Dr. Jörn Walter in die letzte Runde. Danach erfolgt eine Diskussion mit Walter, Bezirksamtsleiter Andy Grote und den SprecherInnen der »thematischen Werkstätten«.

Die Stadt unter dem Blickwinkel schwul-lesbischen Lebens und Alltags zu betrachten, dieses Ziel verfolgt der **Szenische Rundgang Verbotene Wege der Liebe**. Organisiert von der Landeszentrale für politische Bildung und unter Mitwirkung von bekannten SchauspielerInnen wird an insgesamt elf Stationen in der Innenstadt die Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich lebender Menschen in Hamburg veranschaulicht. Die Rundgänge finden statt am **4., 5., 6., 18., 20., 21. und 25. Juni** jeweils um 18.30 Uhr sowie am **9. und 15. Juni** jeweils um 15.00 Uhr, Ausgangspunkt ist in allen Fällen die Schleusenbrücke an der Seite des Rathauses (Kleine Alster). Der TeilnehmerInnenbeitrag beläuft sich auf 10 Euro, Karten gibt es im Infoladen der Landeszentrale (Dammtorwall 1) oder per notwendiger Voranmeldung unter Tel. 42 823-48 02.

Die Demos gegen die Gefahrengebiete halten noch an, da wird dieses unsägliche Element der Hamburger Polizei bereits zum Gegenstand der Wissenschaft. Am **Donnerstag, den 5. Juni**, referiert Prof. Dr. Bernd Belina von der Universität Frankfurt am Main über das Thema **Gefahrengebiete – Wie Polizei Stadt/-bevölkerung ordnet**. Die Kooperationsveranstaltung von ZOESS, IG Metall, Fachschaftsrat Sozialökonomie und Rosa-Luxemburg-Stiftung beginnt um 18.00 Uhr im Raum S27 des Fachbereichs Sozialökonomie (Ex-HWP) der Universität Hamburg (Von-Melle-Park 9). Ebenfalls im Rahmen der Reihe »Urbaner Raum in Bewegung« referiert am **Donnerstag, den 19. Juni**, um 18.00 Uhr im Raum S27 Felix Wiegand von der Universität Frankfurt über **Städte unter dem Regime der Austerität**. Der Vortragende »untersucht die Ursachen der städtischen Fiskalkrise, beleuchtet kritisch ihre herrschaftliche Bearbeitung und fragt nach den Perspektiven sozialer (Abwehr-) Kämpfe unter den Bedingungen eines zunehmenden multiskalaren Austeritätsregimes«.

Die Stadt gehört Allen – Wagenplatz Borribles bleibt! So lautet die Parole für eine Demonstration am **Samstag, den 14. Juni**, zum Erhalt des betreffenden Wagenplatzes im Stadtteil Barmbek. Die **Demo** startet um 14.30 Uhr vor der »Roten Flora« am Schulterblatt. Eine Infoveranstaltung steigt bereits am Freitag, den 30. Mai, um 19.00 Uhr in der Kneipe auf dem Borribles-Platz (Hebebrandtstraße 2a). Mehr dazu unter <http://borribles.blogspot.eu/2014/04/28/borribles-demo-14-6/>.

Anlässlich des bundesweiten Aktionstages **Mobil ohne Auto: Rad fahren – Klima schützen!** rufen Hamburgs Umweltverbände zur Teilnahme an der jährlichen **Fahrradsternfahrt** am **Sonntag, den 15. Juni**, auf. Von über 60 Punkten in den Stadtteilen und der Metropolregion aus werden die TeilnehmerInnen für eine umweltgerechte Verkehrspolitik und -planung demonstrieren. Die Schlusskundgebung findet von 14 bis 17 Uhr am Museum der Arbeit (Wiesendamm 3) statt; in der kurzen PolitikerInnenrunde treffen aufeinander: Klaus-Peter Hesse (CDU), Lars Pochnicht (SPD), Dr. Wieland Schinnenburg (FDP), Dr. Till Steffen (GRÜNE) und Heike Sudmann (LINKE). Alle Startpunkte und weitere Informationen gibt es unter www.fahrradsternfahrt.info.



Wer sich mal richtig ärgern will, notiert sich den **25./26. Juni** im Kalender und den Hinweis 21. Handelsblatt-Jahrestagung im Empire Riverside Hotel: **Immobilienwirtschaft 2014. Der Treffpunkt der Entscheider der Immobilienbranche!** Wer sich bis zum 28. Mai anmeldet, kann den Frühbucherrabat in Anspruch nehmen und zahlt als TeilnehmerInnenbeitrag »nur« 1.999 Euro, alle anderen, zu spät Gekommenen 100 Euro mehr. Alles nachzulesen im Netz unter www.immobiliensforum.com/.

Und noch einmal ist urbaner Raum buchstäblich in Bewegung, wenn am **Donnerstag, den 26. Juni**, Dr. Peter Birke (SOFI Göttingen) und Nicole Vrenegor (Politologin/Journalistin aus Hamburg) einen exemplarischen **Rundgang zur Stadtentwicklung in Hamburg** anbieten. Hier geht es um das zunehmende Arm-Reich-Gefälle und die Recht-auf-Stadt-Bewegung, festgemacht an verschiedenen Entwicklungen und Initiativen auf **St. Pauli**. Der Stadtteilrundgang startet um 18.00 Uhr im Park Fiction.

Altona: Ikea-Tunnel – Flüchtlinge – Obdachlose

Von Robert Jarowoy



»Stresemannstraßen-Punks« (Karin Desmarowitz)

Zum Abschluss unserer Reihe über Hamburgs sieben Bezirke vor den Bezirksversammlungswahlen beleuchtet Robert Jarowoy, der Vorsitzende der Altonaer Fraktion DIE LINKE und erneute Spitzenkandidat, an brisanten Beispielen die Situation vor Ort.

Es kostet nun also plötzlich doppelt soviel (2 statt 1 Million), den **Fußgängertunnel unter der Max-Brauer-Allee** hin zur Neuen Großen Bergstraße neu zu gestalten. Grund sind konjunkturbedingt hohe Baukosten und die rechtzeitige glanzvolle Fertigstellung zur IKEA-Eröffnung. In der Unterwürfigkeit ge-

genüber den Interessen des schwedischen Konzerns hat man offensichtlich vergessen, die Kosten durchzurechnen und Verträge mit der Baufirma zu schließen, die eine Verdoppelung der Umbaukosten ausschließen. Der Tunnel wird nun nicht etwa verbreitert, vertieft oder barrierefrei hinsichtlich des deutlich überschrittenen zulässigen Gefälles für Rollstuhlfahrer gestaltet, sondern ausschließlich aufgehübscht. Das erfolgt, damit die IKEA-Kunden, die vom Altonaer Bahnhof kommen, ein Wohlfühlempfinden entwickeln können, um davon beflügelt ordentlich einzukaufen. Neu ist das Vergessen kostenbegrenzender Vertragsregelungen gegenüber Baufirmen und InvestorInnen, die man getrost auch Renditehaie nennen kann, nicht. Bei der Bebauungsplanung für das spitz zulaufende Dreieck zwischen Max-Brauer-Allee, Neuer Großer Bergstraße und Großer Bergstraße hat der damalige Bezirksamtsleiter Warmke-Rose bereits in einem fragwürdigen Verfahren einfach ohne BürgerInnenbeteiligung alles einseitig auf die Interessen von IKEA zugeschnitten. Völlig vergessen worden sei dabei, einen städtebaulichen Vertrag mit der Verpflichtung zu wenigstens einem Drittel sozialen Wohnungsbaus abzuschließen. Was für ein Pech auch. Komischerweise hat der Senat das nicht an sich gezogen, obwohl es doch Olaf Scholz' Vertrag für Hamburg mit dem Drittmix im Wohnungsbau zuwiderläuft.

Dafür hat man die BürgerInnen hinsichtlich der Gestaltung des Goetheplatzes befragt und ihnen eine Mitsprache eingeräumt. Trotzdem gibt es keinen Goetheplatz mehr, sondern nur noch eine zugige Fußgängerpassage. Die Bodenkommission des Senats, die im Grunde dafür da ist, öffentliches Eigentum zu »veruntreuen«, hat eine nicht unerhebliche Fläche der Fußgängerzone an den Investor Bruhn verkauft, dem noch einige weitere Immobilien hier gehören. Bruhn, der in den USA lebt, ist auch Eigentümer des nun schon fast vollständig entmieteten Areals an der Ecke Holstenstraße/Max-Brauer-Allee (früherer Motorrollerladen), wo es weit über hundert günstige Wohneinheiten gab, die nach der Neubebauung allenfalls im Hochpreisbereich oder als Eigentumswohnungen wieder angeboten werden dürften.

Aber genug von all diesen ekligen Spekulations- und Profitinteressen und den sie begleitenden Unterwerfungsgesten der Politik und Verwaltung. Zwei ineinander übergehende Themen haben uns im vergangenen Jahr in Altona in besonderem Maße beschäftigt: Flüchtlinge und Obdachlosigkeit. Beginnen wir mit den **Flüchtlingen**.

Der so genannte HSV-Parkplatz Braun an der Schnackenburgallee hat ein Areal, das seit ca. 15 Jahren der Rom- und Cinti-Union (RCU) als Durchreiseparkplatz dient. Dort wurde ein Sanitär- und Gemeinschaftshaus errichtet, um Familien- bzw. Sippentreffen und -feste zu ermöglichen. Der Platz wurde der RCU unterstellt, allerdings mit lediglich drei halben Stellen für die platzwärtnerische Betreuung ausgestattet.

Im Dezember 2012 kam nun Innensenator Neumann in den Hauptausschuss des Bezirks Altona und stellte fest, dass die dreimonatige Erstaufnahme überlastet sei. Da sei doch der im Winter von den Roma und Cinti eh nicht genutzte Parkplatz Braun ideal. Es handele sich ohnehin nur um eine vorübergehende Maßnahme und auch nur um 150 Flüchtlinge. Wenig



HSV-Parkplatz Braun (K. Desmarowitz)

später erschien Sozialsenator Scheele im Hauptausschuss und sagte, dass die nach der dreimonatigen Erstaufnahme durch die Innenbehörde in seine Zuständigkeit fallende Folgeunterbringung von Flüchtlingen nun auch nicht mehr geschultert werden könne, weswegen sich der Parkplatz Braun als hamburgweit einzige Unterbringungsmöglichkeit anböte. Aus unterschiedlichen Gründen wenig begeistert beschlossen alle in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien, diesem Ansinnen befristet zuzustimmen. Hauptkritikpunkt der LINKEN, der CDU und der GRÜNEN war, dass man keine Flüchtlings-Großlager in einer abgelegenen Gegend zwischen Autobahn und Müllverbrennungsanlage auf einem HSV-Parkplatz wolle. Tatsächlich rief dann mitten im Frost im Februar 2013 der Bezirksamtsleiter die Fraktionen an mit der Bitte, nun doch auch noch Obdachlose in den Containerburgen einzuquartieren, da das Winternothilfeprogramm in der Spaldingstraße regelrecht überquolle. Aufgrund der Notlage wurde auch diese bittere Pille einstimmig geschluckt. Dann erfolgten wiederholte Appelle der Innenbehörde, vertreten durch SPD-Staatsrat Schiek und die grüne Leiterin der Ausländerbehörde Westfahlen, doch bitte weitere Erstaufnahmeflüchtlinge dort unterzubringen. Die Aufstockung beträgt inzwischen 600 Personen mit der Option auf 800.

Zwischenzeitlich hatten irische Wanderarbeiter, die mit ihren Familien aufgrund der heimatlichen Not europaweit von Baustelle zu Baustelle geistern, das Gelände als kostenlosen Camping- und Bauschuttentsorgungsplatz entdeckt. Vonseiten der Innenbehörde wurde in Bezug auf dieses Problem der RCU vorgeworfen, sie habe nicht ordentlich kontrolliert, worauf deren Vorsitzende empört erklärte, er würde nicht kontrollieren, ob jemand ein echter oder falscher Zigeuner sei, noch dazu mit drei Halbtagsstellen und einer kaputten Schranke, die sieben Tage jeweils 24 Stunden betreut werden müsste.

Nun haben sich ständig wechselnd im Jahr mehrere hundert Menschen auf diesem Platz aufgehalten. Bei den Flüchtlingen handelt es sich in erster Linie um Muslime aus den kaukasischen Teilrepubliken, um Afghanen, um Syrer, aber auch um Roma aus Südosteuropa. Die Lebensgewohnheiten der Beteiligten sind nun bei der Bekleidung und auch beim Alkoholkonsum extrem unterschiedlich. Die Unterbringungscontainer entsprechen zwar denen der Bundeswehr im Kundus, jedoch ist die würdelose und nicht hinreichend kultursensible

Unterbringung in so einem zusammengepferchten Großlager nicht hinnehmbar. Abzulehnen ist es auch, Menschen so von der Wohnbevölkerung abzuschotten. Das widerspricht jedem Gedanken an gesellschaftliche Integration und hat auch ein hohes Gefährdungspotenzial.

Vor dem Asylkompromiss zwischen CDU und SPD, der faktisch das Asylrecht in Deutschland aushebelte, gab es erheblich höhere Asylbewerberzahlen als heute. Dennoch stellt der SPD-Senat die Situation nun so dar, als sei man völlig überraschend von der Zahl der AsylbewerberInnen überrollt worden und wisse nicht mehr ein noch aus, sodass nur noch Notlösungen in Betracht kämen, und dies vor allem in Altona, wo die Tradition doch so offen sei. Das ist zwar richtig, aber perfide, wenn es erpresserisch daran geknüpft wird, menschenunwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zu genehmigen, wie es durch den Senat seit einem Jahr fortwährend geschieht.

Und damit sind wir bei der anderen Flüchtlingsgruppe in Altona, den **Lampedusa-Flüchtlingen**. Diese ca. 300 Schwarzafrikaner waren bekanntlich Gastarbeiter zu Ghaddafis Zeiten in Libyen. Unterstützt durch das massive NATO-Luftbombardement (10.000 Einsätze) gewannen die islamistischen Milizen allmählich die Oberhand, die nunmehr regelrechte Treibjagden auf die schwarzafrikanischen Gastarbeiter veranstalteten, die pauschal als Söldner Ghaddafis bezeichnet wurden. Diese flohen daher über das Mittelmeer nach Lampedusa, sofern sie nicht ertranken. In Italien wurden sie registriert und zwei Jahre lang in Flüchtlingsunterkünften untergebracht. Im Zuge der Wirtschaftskrise versuchte man, sich ihrer zu entledigen, indem man sie mit italienischen Duldungspapieren, Touristenvisa und Bahnfahrkarten nach Deutschland schickte, wo sie als Gruppe von ca. 300 Personen in Hamburg landeten.

Nun gibt es aber das »Dublin-II-Abkommen« (vom außen-grenzenfreien Deutschland durchgesetzt), das besagt, dass Flüchtlinge nur in dem EU-Land, dessen Boden sie zuerst betreten, Asyl beantragen dürfen. Die 300 Lampedusa-Flüchtlinge wären also nach der Meldung bei der Ausländerbehörde ohne Lebensperspektive zurück nach Italien abgeschoben worden. Sie haben sich daher nachvollziehbarerweise nicht gegenüber der Innenbehörde identifiziert, sondern mit Hilfe einer Unterstützergruppe Kirchenasyl in der St.-Pauli-Kirche genommen, die übrigens zum Bezirk Altona gehört. Die beiden dortigen Kirchenvorstände haben ihnen dieses Asyl gewährt und sich mit einer gewaltigen Unterstützung vonseiten der Bevölkerung für ihren Aufenthalt in Altona bzw. Hamburg eingesetzt. Wegen des drohenden Winters und des schwierigen »Feldlagers« in der Kirche mobilisierte die Kirche bzw. deren Gemeindevorstände über allerlei humanitäre Einrichtungen Gelder, um insgesamt 35 Wohncontainer an drei Standorten in Altona aufzustellen (St. Pauli-Kirche, Christianskirche in Ottensen, Martin-Luther-Kirche in Sülldorf).

In dem Moment trat der Hamburger SPD-Innensenator im Fernsehen auf und erklärte, dass die vorgeschriebene Flüchtlingsbehandlung rechtsstaatlich und fair geregelt sei, und zwar auch mit zwingenden Abschiebungen. Es erging dann eine Dienstanweisung an die gerade neu angetretene Altonaer Bezirksamtsleiterin, Frau Dr. Melzer, die sie verpflichtete, dafür



St. Pauli-Kirche (K. Desmarowitz)

zu sorgen, dass für die Aufstellung der Kirchen-Container nur dann eine Baugenehmigung erteilt werden dürfte, wenn die künftigen Bewohner sich ordnungsgemäß gemeldet hätten. Nun ist die Verknüpfung einer Baugenehmigung mit deren privatrechtlicher Nutzung gesetzlich nicht zugelassen. Zumindest nicht, was die Frage der Meldung bei der Ausländerbehörde anlangt. Diese durch ein Gutachten der Hamburger Verfassungsrichterin Ganten-Lange bestätigte Rechtsauffassung hat zwar dazu geführt, dass der Bezirk die Auflage der Meldepflichtung der Container-Bewohner nicht mehr an die Baugenehmigung für die Container knüpfte, aber als Hinweis bzw. Anlage der Baugenehmigung beifügte. Zur selben Zeit verkündete die Bischöfin Fehrs, dass sie das Angebot des Senats der rechtsstaatlichen und fairen Überprüfung der Einzelfälle der Lampedusa-Flüchtlinge begrüßen würde. Nun werden zwar Container aufgestellt, wer sie aber unter welchen Bedingungen beziehen darf, und was daraus wird, ist unklar.

Abschließend noch zu den **»Stresemannstraßen-Punks«**: Das Gelände an der Stresemannstraße/Kieler Straße hin zum Kaltenkircher Platz gehörte bis vor zehn Jahren der BMW-Niederlassung. Aufgekauft wurde es von den Osmani-Brüdern, dann wurde es an die Hanseatic GmbH verkauft, die behördenintern als Tarnfirma des Osmani-Clans angesehen wurde, weswegen man sich mit Bau- und anderen Genehmigungen schwer tat. Dies hatte einen weiteren Leerstand des Geländes zur Folge, das sich mittlerweile in eine Art Biotop mit Birken, Weiden und allerlei anderen Pflanzen entwickelt hatte.

Im Frühjahr 2013 begann eine Besiedlung des Geländes durch junge Obdachlose, die gemeinhin als Punks bezeichnet wurden. Es entstanden unterschiedliche Hütten und Bauwagen. Im Sommer 2013 stellte die Hanseatic GmbH Strafanzeige und wollte das Gelände räumen lassen. Durch das Engagement der linken Bürgerschaftsabgeordneten Christiane Schneider und der Grünen Abgeordneten Antje Möller wurde die Räumung zunächst verhindert. Als die Altonaer LINKE dann einen runden Tisch zwischen BewohnerInnen, Verwaltung und Politik einforderte, beteiligten sich daran vonseiten der Politik nur die LINKE und die FDP, woraufhin sich die zunächst sehr engagierte und problemlösungsorientierte Verwaltung wieder zurückzog. Daraufhin setzte die LINKE das Thema Ende September auf die Tagesordnung und empfahl den »Punks«, ihre

Interessenlage durch persönliche Anwesenheit zum Ausdruck zu bringen. Dort kam es zu verbalen Empörungsreaktionen, die in der Presse als »Stürmung der Bezirksversammlung durch 60 Punks« bewertet wurden. Im Sprachgebrauch einiger SPD- und GRÜNEN-Abgeordneter wurde in einer Pause geäußert, dass die LINKE das Lumpenproletariat mobilisiert habe, um die Demokratie zu stürzen. Obwohl diese Veranstaltung mit hanebüchernen Unterstellungen und Anfeindungen und dem gemeinsamen Verlassen der Bezirksversammlung durch die LINKEN- und CDU-Abgeordneten endete, wurde im Anschluss der zuvor für nicht beachtenswert gehaltene runde Tisch nunmehr von allen Parteien und der ohnehin engagierten Verwaltung wiederbelebt.

Darauf wurde eine Ausweich-Unterbringung der jungen Leute in dem ehemaligen Clubhaus des Polizei-Schießvereins neben dem Altonaer Volkspark angeboten, allerdings zu sehr merkwürdigen Bedingungen. Während Obdachlose im Rahmen des Winternothilfeprogramms des Senats kostenlos – z.B. in der Spaldingstraße – versorgt werden, gibt es Miet- bzw. Pachtverträge mit den bestehenden Bauwagenplätzen wie Gaußstraße, Rondenburg oder Zomia, wo die BewohnerInnen ca. 100 bis 130 Euro monatlich selber aufbringen müssen, dafür dann aber auch eine Bauwagen-kompatible Fläche zur Verfügung gestellt bekommen. Den Stresemannstraßen-Punks wird auf diesem ehemaligen Schießplatz eine gerade mal 3 qm große Fläche pro Person angeboten, zwar beheizt und mit Toiletten und Duschen, aber zusammen mit ihren Hunden eigentlich nicht nutzbar, zumal man einen engen Zaun um



Weiter einmischen in Altona! (Foto: Michael Joho)

das Gelände gezogen hat, weil das weitere Gelände womöglich kontaminiert sei. Welche Fürsorge! Wie das weitergehen wird, weiß ich, wie so vieles, auch nicht.

Ledigenheim Rehhoffstraße erhalten!

Von Friedrich Block, Projektmitarbeiter



Foto: AG Rehhoffstraße

Wir freuen uns über den Beitrag von Friedrich Block, der als Projektmitarbeiter die Initiative Rehhoffstraße begleitet. Von Anbeginn haben wir das Vorhaben ihrer engagierten Mitglieder unterstützt, bietet sich darüber doch die einmalige Chance, mitten in der aufwertungsbedrohten Neustadt eine traditionsreiche Einrichtung für Menschen mit geringem Einkommen zu erhalten.

In einer Zeit, in der bezahlbares Wohnen und soziale Spaltung brisante Themen in Hamburg darstellen, findet ein Projekt aus der Neustadt wachsende Aufmerksamkeit. Dort will eine Initiative das 100 Jahre alte Ledigenheim in der Rehhoffstraße langfristig erhalten. Es soll ein gesichertes Zuhause bieten für Männer, die sich teuren Wohnraum nicht leisten können, und es soll als Denkmal der Hamburger Kultur- und Sozialge-

schichte seiner Bedeutung gerecht werden. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde das Haus eröffnet. In erster Linie ledige Hafenarbeiter und Seeleute sollten dort unterkommen. Eine soziale Einrichtung, die bezahlbar war für die Ledigen, und in der neben dem persönlichen kleinen Zimmer Dienstleistungen und Gemeinschaftseinrichtungen ein Zusammenwohnen ermöglichen sollten. Über Jahrzehnte hat das auch gut funktioniert. Nach Verkäufen der Immobilie ist die soziale Einrichtung aber heute in ihrem Bestand gefährdet und das Gebäude bedarf dringend der Renovierung.

Ziel der Initiative ist es nun, das Ledigenheim über Spenden- und Stiftungsgelder zu erwerben und in den Besitz der gemeinnützigen Stiftung Ros zu überführen. Der laufende Betrieb wird sich aus den Mieten finanzieren lassen. Daher braucht der Ankauf und die Renovierung sozial engagierte BürgerInnen, die für ihre Stadt etwas tun und der sozialen Spaltung entgegenwirken wollen, denn nur so können ein soziales Mietniveau, Dienstleistungen sowie Sozialarbeit realisiert werden.

Die gut vernetzte Initiative um die unermüdlich ehrenamtlich engagierten Projektverantwortlichen Antje Block und Jade Jacobs hat – unterstützt von bezirklicher Politik und Verwaltung – bis heute schon viel erreicht:

- Das Gebäude steht inzwischen unter Denkmalschutz und eine Soziale Erhaltungsverordnung bietet den Bewohnern einen gewissen Schutz.
- In Kooperation mit dem derzeitigen Eigentümer kann ein Sozialarbeiter beschäftigt werden, der den Bewohnern mit Rat und Tat zur Seite steht.
- Die Initiative erfreut sich großer politischer Unterstützung, parteiübergreifend tritt die Bezirksversammlung Hamburg Mitte für die Erhaltung des Hauses ein.

- Konkret hat die Bezirksversammlung der Initiative 30.000 Euro für das Fundraising und dessen Organisation zur Verfügung gestellt.
 - Rund 200.000 Euro sind bereits auf einem Treuhandkonto gesammelt bzw. für das Projekt zugesagt.
 - Im Projektbeirat finden sich Engagierte aus ganz unterschiedlichen Berufsgruppen, professionelle Kooperationspartner stellen ihren Sachverstand zur Verfügung.
 - Die Finanzsenatorin beabsichtigt die Patenschaft für die neu gegründete Stiftung ein Jahr lang zu übernehmen.
- Damit das hohe Ziel des Ankaufs und der langfristigen Erhaltung der sozialen Einrichtung aber Wirklichkeit wird, benötigt das Projekt allerdings noch große Unterstützung:

- Möglich sind Spenden jeder Höhe. Sie gehen auf ein Anderkonto in einer Rechtsanwaltskanzlei und werden, wenn das Ziel nicht erreicht wird, an die SpenderInnen zurückgezahlt.
- Im Interesse der Initiative liegt die Weiterverbreitung der Projektinformationen. Dazu stehen Flyer und Infobroschüren zur Verfügung.
- Explizit erwünscht ist die Vermittlung von Kontakten zu weiteren ideellen wie potenziellen finanziellen PartnerInnen.
- Die Räume in der Rehhoffstraße kann man auch besuchen: Und zwar jeden 2. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr, wenn die »Voküisine« ihre Tore zum abendlichen Essen öffnet, oder nach vorheriger Absprache.

Die Initiative und die Stiftung sind im Internet zu finden unter www.rehhoffstrasse.de. Dort gibt es alle Einzelheiten, die Interessierte und potenzielle SpenderInnen wissen müssen. Bei Interesse kann über die Mailadresse post@rehhoffstrasse.de persönlich Kontakt aufgenommen werden.



AG Rehhoffstraße: Plakataktion

Beteiligungsforum: Spannende Debatten



Heike Sudmann, Kurt Duwe (FDP; m.) Dirk Kienscherf (SPD) (M. Joho)

Rund 150 TeilnehmerInnen fanden sich am 9. Mai im Bürgerhaus Wilhelmsburg zusammen, um auf einem »Beteiligungsforum« eine Art Bilanz der BürgerInnenbeteiligung von unten zu ziehen. Die gut organisierte Tagung ermöglichte VertreterInnen aus vielen Initiativen, von Erfahrungen zu berichten und konkrete Forderungen zu erheben. Heike Sudmann, die

an dem insgesamt sechsstündigen Forum teilnahm und in der abendlichen PolitikerInnenrunde die Hamburger LINKE vertrat, hatte auch ein druckfrisches Material im Gepäck, die 44seitige Broschüre der Linksfraktion mit dem Titel: »Mehr als schöne Worte? BürgerInnenbeteiligung in Hamburg«. Sie ist ab sofort in den Partei- und Abgeordnetenbüros der LINKEN zu erhalten und über die Website www.linksfraktion-hamburg.de herunterzuladen. Wir dokumentieren hier die Pressemitteilung der VeranstalterInnen vom 11. Mai.



Wir dokumentieren hier die Pressemitteilung der VeranstalterInnen vom 11. Mai.

Bürgerbeteiligung: Gestaltungsmacht oder Mitmachfalle?

Eigentlich sollte es in einer Demokratie selbstverständlich sein: dass Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können, was mit ihrer Stadt geschieht. Dass die Praxis in Hamburg oft frustrierend anders aussieht, war das große Thema auf einem Forum im Bürgerhaus Wilhelmsburg, bei dem es am Freitag, 9.5., um »Bürgerbeteiligung - Gestaltungsmacht oder Mitmachfalle?« ging. Eingeladen hatten u.a. der Einwohnerverein St. Georg, der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg und Mehr Demokra-

tie e.V. Das Echo war überraschend groß und vielfältig, nahezu alle Ecken Hamburgs waren mit Bürgerinitiativen vertreten.

Von den rund 150 Teilnehmer_innen kamen eindrucksvolle Schilderungen darüber, wie Bürgerinitiativen ausgebootet werden - auch und gerade dann, wenn sich Politik, Verwaltung und Investoren scheinbar kompromissbereit zeigen. Selbst das viel gelobte neue Transparenzgesetz bietet keinen Schutz davor. Ingo Böttcher von »Hamburgs Wilder Osten« berichtete z.B. von einem Spruch des Verwaltungsgerichts, nach dem bezirkliche Bauausschüsse ihre Sitzungen ohne Begründung als vertraulich deklarieren dürfen. Auch gegen so genannte Weisungen von Fachbehörden an einen Bezirk, bestimmte Maßnahmen durchzusetzen, haben Bürgerinitiativen kaum Chancen. Dafür nehmen aber seit einigen Jahren öffentliche Info-Veranstaltungen zu, die als Bürgerbeteiligung firmieren, obwohl dabei nur Planungen vorgestellt werden, die schon beschlossen sind. Die Unzufriedenheit vieler Hamburger_innen mit solchen von Consultingfirmen professionell gestalteten »Akzeptanzbeschaffungsabenden« war in Wilhelmsburg überdeutlich.

Es gab jedoch nicht nur ein vielstimmiges Klagelied, sondern vor allem einen kraftvollen Blick nach vorn. Manuel Humburg vom Verein »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg« stellte klärend fest: Der eine, einzige Königsweg zu nachhaltigen Mitspracherechten kann auch auf einem solchen vielgestaltigen Forum nicht gefunden werden. Deutlich wurde aber auch: Bürgerinitiativen sind heute anders als noch vor zwanzig Jahren. Das Internet hat Möglichkeiten der Vernetzung eröffnet, die es früher nicht gab. Initiativen sind beharrlicher, informierter, kreativer und rechtskundiger geworden. Nils Boeing vom Netzwerk »Recht auf Stadt« sprach von Widerstandsmanagement, die Idee einer Fortbildungsakademie für Bürgerinitiativen kam auf. Die Forderung nach einer starken kommunalpolitischen Ebene für Hamburg wurde auch bei der abendlichen Diskus-

sion mit Bezirks- und Bürgerschaftspolitiker_innen laut. Für die Stadtteilbeiräte, die es in unterschiedlicher Intensität zum Teil seit Jahrzehnten gibt, berichtete Michael Joho aus St. Georg, wie dieses bewährte Instrument der Bürgerbeteiligung zunehmend beschnitten wird: Kürzung der Zuschüsse, weniger Information durch Behörden, weniger Möglichkeiten, unabhängige Experten hinzu zu ziehen. Johos Hauptforderungen: Erhalt und Einrichtung von Stadtteilbeiräten mit der nötigen finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung überall dort, wo es gewünscht wird; Schaffung eines eigenen Etatpostens »Stadtteilbeiräte« im Hamburger Haushalt und Verfügungsfonds für alle Quartiere mit Stadtteilbeiräten; gesetzliche Absicherung von Beteiligungsstrukturen auf Stadtteilebene und frühzeitige Einbindung z.B. bei Planungsverfahren.

Große Einigkeit herrschte auch bei der Forderung an die Politik, der versprochenen Stärkung der Bezirke endlich messbare Taten folgen zu lassen. Vor allem das Konzept der Ein-

heitsgemeinde, das den Bezirken nur wenig Spielraum lässt, galt einigen Rednern als nicht mehr zeitgemäß. Den Kritikern war aber auch klar, dass für eine grundlegende Reform, um zum Beispiel eigenständige Kommunen aus den Bezirken zu machen, die hamburgische Verfassung geändert werden müsste. Für Mehr Demokratie stand fest, dass die Verfahrenstricks, mit denen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ausgehebelt werden (wie z.B. bei Langenhorn 73 oder Eden für Jeden), dann nicht mehr möglich wären. Für den Verein »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg« brachte es Michael Rotschuh auf den Punkt: »Nur wenn Bürger_innen in dieser Weise Verhinderungsmacht haben, haben sie auch Verhandlungsmacht und bleiben nicht bloße Bittsteller. So können sie konstruktiv Alternativen aufzeigen und umsetzen.«

Für Rückfragen: Manuel Humburg, Tel. 31768663; Michael Joho, Tel. 280 3731 Oder 0160-91481027; Angelika Gardiner, Tel. 8902426 oder 0163-9144662.

Arbeitszeitverkürzung tut Not!



Rund 180 TeilnehmerInnen waren am 10. Mai in Hamburg in der Gewerbeschule Angerstraße, um über das Thema Arbeitszeitverkürzung zu diskutieren. Wir dokumentieren hier die Abschlusserklärung (siehe auch www.kongress-azv2014.de).

Arbeitszeitverkürzung – ein Weg aus der Krise?

Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung ist das Gebot der Stunde. Eine deutliche Arbeitszeitverkürzung in großen, schnellen Schritten, bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Die Kongressteilnehmer und -teilnehmerinnen sind zwar unterschiedlicher Meinung, ob das die Lösung der Krise ist. Einigkeit besteht jedoch darin, dass es ohne diese Umverteilung nicht zu einer Lösung der Krise kommen wird, sondern zu einer weiteren Vertiefung der sozialen Spaltung. Zusätzlich würde sich die Ungleichheit unter den abhängig Beschäftigten

verschärfen: Hier die einen, die so viel arbeiten, dass sie davon krank werden, dort die anderen, die entweder keine Arbeit bekommen oder sich von einer prekären Beschäftigung zur nächsten hangeln müssen. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung hingegen würde Ressourcen freisetzen, damit Menschen sich um die Belange dieser Gesellschaft kümmern können und daran arbeiten, die ökologische, wirtschaftliche und politische Bedrohung abzuwenden, welche diese Krise darstellt.

Der Kongress appelliert daher an alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Mitglieder von Sozialverbänden, politischen Organisationen und Parteien, an Interessenvertretungen und sozial engagierte Menschen:

Tragt die Diskussion um die Umverteilung der Arbeitszeit in alle Winkel unserer Gesellschaft, mit dem Ziel, daraus eine breite, solidarische Bewegung entstehen zu lassen.

Kultur Tipp: Wider die »Gentrifizierung«



Links: Plakat »Wem gehört die Stadt«, rechts: »St. Georg zu verkaufen« (Ausschnitte)

Geradezu eine kulturelle Veranstaltungsoffensive gegen Aufwertung und Verdrängung steht im Juni in St. Georg auf dem Programm.

Zu einer Schatzsuche der besonderen Art lädt das »Vorstadttheater St. Georg« für das Wochenende 21./22. Juni, jeweils um 17.00 Uhr, ab Drachenbau-Wohngenossenschaft (Schmilinskystraße 6a, Hinterhof), ein. Im Rahmen des Geschichtswerkstatt-Projekts »Protest« zeigt die Theatergruppe ihr Open-Air-Stück »St. Georg zu verkaufen«. »Begleiten Sie uns auf einer Verkaufstour durch das aufstrebende, lange Zeit verpönte Hauptbahnhofviertel«, heißt es in der Ankündigung. »Erleben Sie mit uns ein im dynamischen Wandel befindliches Quartier voller Lebensfreude und angesagter Locations, voller kleiner und großer Schätze. Sehen Sie den Stadtteil mit anderen Augen und entdecken Sie die neuen Standortqualitäten in einem attraktiven Investitionsumfeld.« Und, nicht zu vergessen: »Für Ihre Sicherheit verbürgen wir uns, die stadtteotypischen Protestler garantieren reizvolle Abwechslung.« Der Teilnahmebeitrag beträgt 7 Euro, ermäßigt 5 Euro.

Wer den Film »Empire St. Pauli«, 2009 gedreht von Irene Bude und Olaf Sobczak, erinnert, kann sich doppelt freuen,

denn jetzt gibt es ein 90minütiges Pendant aus dem Hauptbahnhofviertel.

Nach gut zwei Jahren Dreh- und Schnittarbeiten kann der Dokumentarfilmer Ulrich Gehner nun das Werk »Wem gehört die Stadt?« präsentieren. Mit dessen Untertitel macht er auch seinen eigenen Standort deutlich: »Ein Stadtteil wehrt sich«. Ulli Gehner hat bereits im letzten Jahr bundesweite Beachtung mit einem Youtube-Streifen zur teilweise rigiden Vertreibung der Obdachlosen vom Bahnhofsvorplatz erfahren. Sein neues Werk, unterstützt mit Mitteln aus der Filmförderung, wird sicher Furore machen, zeigt er doch nach Aussagen Gehners nichts weniger »als die Auswirkungen der Gentrifizierung auf das Zusammenleben im Quartier. Mieter und LadenbetreiberInnen berichten von ihren Erfahrungen und Problemen mit der Veränderung des Stadtteils; Investoren und Stadtplaner erklären ihre Arbeit und ihre Vorstellungen von einem lebenswerten Stadtteil.« Die Uraufführung erfolgt am Samstag, den 28. Juni, um 17.00 Uhr im »Metropolis« (KleineTheaterstraße 10), eine zweite Darbietung folgt am Mittwoch, den 2. Juli, um 19.30 Uhr im »Neuen Gemeindesaal« (Stiftstraße 15).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.